



**Mittwoch, 18. April 2007**

**20:00 Uhr (wir bitten um pünktliches Erscheinen)**

**Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung**

**Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin (U7, U8, M29, M41 Hermannplatz, U8 Schönleinstr.)**

### **Einladung zur Diskussionsveranstaltung des AK Nahost Berlin**

Innerhalb unseres diesjährigen Schwerpunktes: \*1967 – 2007: 40 Jahre Besetzung und ihre Auswirkungen auf die besetzten Palästinensischen Gebiete und die Nachbarstaaten\* laden wir zu unserer monatlichen Vortragsveranstaltung mit anschließender Diskussion ein.

#### **Referentin:**

#### **Christina Pfestroff, Bonn**

Christina Pfestroff ist Koordinatorin im Rahmen der Gemeinsamen Initiative humanitäres Völkerrecht Nahost des Bischöflichen Hilfswerks Misereor (Aachen) und des Evangelischen Entwicklungsdienstes EED (Bonn). Sie stellt die völkerrechtlichen Ansatzpunkte dieser Arbeit vor und berichtet über die bisherigen Erfahrungen.

#### **Thema:**

#### **Handlungsmöglichkeiten der EU für eine umfassende Achtung des humanitären Völkerrechts im israelisch-palästinensischen Konflikt - Ansatzpunkte und Erfahrungen**

Als kirchliche Hilfswerke mit vielen Partnerorganisationen im Nahen Osten engagieren sich Misereor und der EED für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung dieser Region und die gewaltfreie Bearbeitung der verschiedenen regionalen Konflikte, insbesondere des israelisch-palästinensischen. Dabei sind viele Hindernisse zu überwinden. Eines ist in den letzten Jahren zunehmend ins Blickfeld gerückt: Die stillschweigende Hinnahme schwerer Völkerrechtsverstöße durch die internationale Gemeinschaft wird von vielen Partnerorganisationen in der Region inzwischen als entscheidendes konfliktverschärfendes Element gesehen.

Hilfsorganisationen in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten haben in den vergangenen Jahren Empfehlungen erarbeitet, wie die EU und ihre Mitglieder konsequenter ihrer Verpflichtung nachkommen können, für die Achtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte in Israel und den palästinensischen Gebieten Sorge zu tragen. Ein konkreter Erfolg dieser Arbeit war beispielsweise die Beendigung der rechtswidrigen EU-Zollvergünstigung für Waren aus Unternehmen in völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen gemäß dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Israel. Weitere Anliegen waren und sind:

- Wie kann die EU dafür sorgen, daß EU-finanzierte Projekte nicht unbeabsichtigt zur Anerkennung, Beihilfe oder Unterstützung menschenrechtsverletzender oder völkerrechtswidriger Maßnahmen beitragen? Dies ist vor allem im Rahmen der Umsetzung von Aktionsplänen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik ein Dauerthema.
- Was müßte geschehen, um zu verhindern, daß Forschungseinrichtungen und Unternehmen in völkerrechtswidrigen Siedlungen weiter von EU-Fördermitteln profitieren können, etwa im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft?
- Wie müssen EU-Fördermaßnahmen zugunsten der palästinensischen Bevölkerung zugeschnitten sein, damit sie im Einklang mit humanitärem Völkerrecht stehen und die Tür zu friedlicher

Konfliktbewältigung und nachhaltiger Entwicklung offen halten?

Mit freundlichen Grüßen

Michal Kaiser-Livne

Jochim Varchmin

Christine Raiser-Süchting

**Veranstalter:**

AK Nahost Berlin

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

Diese Veranstaltung wird realisiert mit Mitteln der

